

BUND-Begleitung der Aktivitäten um das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) sowie Nutzung der gewonnenen fachlichen und juristischen Erfahrungen für die bundesweite Atommülllager-Diskussion

Der BUND Landesverband Sachsen-Anhalt begleitet seit etwa fünfzehn Jahren intensiv die Vorgänge um das Endlager Morsleben. Ein erster Erfolg wurde durch eine Klage gegen die weitere Einlagerung von radioaktiven Abfällen im Jahr 1997 erreicht. Mit einem Eilantrag konnte schließlich vor dem Obergericht Magdeburg 1998 die Endlagerung gestoppt werden. Ohne die damaligen BUND-Aktivitäten kann davon ausgegangen werden, dass das Endlager Morsleben noch heute in Betrieb wäre.

Im Herbst 2009 wurden schließlich die Planfeststellungsunterlagen zur Schließung des ERAM öffentlich ausgelegt. Der BUND hat - in Zusammenarbeit mit der BI Morsleben und anderen - die Unterlagen kritisch gesichtet und dazu Veranstaltungen angeboten. Das Ergebnis war dann auch sehr erfreulich: Am 19. Dezember 2009 konnten der Planfeststellungsbehörde gut 12.000 Einwendungen zum wenig tragfähigen Planantrag des Bundesamtes für Strahlenschutz zur Schließung des ERAM überreicht werden.

Erst zwei Jahre später - vom 13. bis 25. Oktober 2011 - fand der Erörterungstermin zu den Einwendungen statt. Hier konnte der BUND in Kooperation mit der BI Morsleben und mit Unterstützung von Fachexperten und juristischem Beistand durch fundierte Beiträge erhebliche Mängel des Schließungsvorhabens des Antragstellers zur Sprache bringen und Alternativen einfordern.

Aufgrund der eklatanten Mängel in den Planunterlagen fordert der BUND Sachsen-Anhalt e.V. für das weitere Vorgehen

- Einen „Bürgerdialog“ (Runder Tisch) Morsleben.
- Das Recht als Vertreter der Bürgergesellschaft, an allen Fach- und Abstimmungsgesprächen zwischen Genehmigungsbehörde und Antragsteller teilzunehmen.
- Die Trennung von Endlagerbetreiber, wissenschaftliche Strahlenschutzbehörde und Endlagerüberwachungsbehörde (bisher alles im BfS gebündelt).
- Die Abkehr von der Praxis der bundesrechtlichen Weisungen der Bundesregierung an Betreiber und Genehmigungsbehörde.

Im Nachgang konnten durch Akteneinsicht beim BfS weitere negative Erkenntnisse zum Verfahren in Erfahrung gebracht werden. Ende Januar ist die Fertigstellung des schriftlichen Wortprotokolls des Erörterungstermins zu erwarten. Dies wird eine wesentliche Basis der Arbeiten für das Jahr 2012 sein.

Einforderung des Bürgerdialogs:

Da wesentliche auch experimentell zu erbringende Nachweise insbesondere zu den Verschlussbauwerken noch nicht vorliegen, müssen seitens BfS noch viel Arbeiten geleistet werden. Diese gilt es kritisch zu begleiten. Der Planantrag ist insofern als „vorläufig“ zu betrachten. An anderen Endlagerprojektstandorten wird Bürgerdialog angeboten, so bei der ASSE und in Gorleben. Der BUND wird einen solchen Dialog nach Fertigstellung des Wortprotokolls auch am Standort Morsleben einfordern und nach Einrichtung kritisch begleiten.

Er muss von der Genehmigungsbehörde organisiert werden, die per Gesetz die Vermittlerrolle innehat. An den anderen Standorten sind wesentliche Initiatoren das BfS als Betreiber bzw. das BMU als vorgesetzte Behörde des Betreibers. Diese grundlegende Fehlkonstruktion muss am Standort Morsleben verhindert werden. Der Endlagerbetreiber und die Endlagerüberwachungsbehörde, beide BfS, haben zwar keine organisatorische Aufgabe aber Teilnahmepflicht.

Der Dialog ist auf gleicher Augenhöhe zu führen. Im Bürgerdialog ist grundsätzlich symmetrische Kommunikation anzustreben. Das Muster „hier oben sitzen die wissenden Experten des Betreibers, dort unten die armen ahnungslosen Bürger“ ist nicht zielführend. Der Bürger ist Experte im Alltagsleben und liefert gerade bei den Unsicherheiten und dem enormen Nichtwissen im Bereich der Endlagerung wichtige Hinweise zur Aufdeckung und Bewältigung dieser Lücken. Auch dies ist weder bei der ASSE noch in Gorleben so.

Die Bürgerdialog Sitzungen sind öffentlich. Sie sollten alle zwei Monate stattfinden, abwechselnd beim Betreiber in Morsleben und bei der Genehmigungsbehörde in Magdeburg. Dabei bieten die Veranstaltungen in Morsleben die Möglichkeit, untertägige Diskussionsgegenstände konkret in Augenschein zu nehmen. Die Dialogveranstaltungen werden protokolliert, alle Unterlagen werden über das Internet zur Verfügung gestellt, eventuell auch Videoaufzeichnungen der Sitzungen. In der Anlaufphase wird der BUND Aufwandsentschädigungen für ein bis zwei Personen tragen, mittelfristig ist der Bürgerdialog vollständig aus den Endlagerprojektkosten zu tragen.

Kritische Begleitung der Abstimmungsgespräche

Daneben ist durchzusetzen, dass mindestens ein BürgervertreterIn das Recht erhält, an allen Fach- und Abstimmungsgesprächen zwischen Genehmigungsbehörde und Antragsteller beobachtend teilzunehmen. Der BUND könnte aus den zur Verfügung gestellten Mitteln in der Anfangsphase einen solchen Vertreter finanzieren. Mittelfristig muss das aber über die Kosten des Endlagerschließungsprojekts getragen werden.

Vorbereitung einer juristischen Auseinandersetzung

Die Einwendungen und das Wortprotokoll des Erörterungstermins müssen genau gesichtet und auf mögliche juristische Strategien für eine potenzielle Klage ausgewertet werden. Dies ist durch am Verfahren beteiligte Experten und den juristischen Sachbeistand des BUND unverzüglich nach Erscheinen des Wortprotokolls in Angriff zu nehmen. Zu berücksichtigen ist dabei auch der Hintergrund des erfolgreichen Klageverfahrens von 1997. Sollte dann seitens der

Genehmigungsbehörde eine Genehmigung ausgesprochen werden, sollten der BUND als Umweltverband und/oder natürliche Personen, die am Verfahren teilgenommen haben und die die größten Aussichten auf Erfolg haben, gegen diese Genehmigung klagen. Selbstverständlich kann der genaue Klageumfang erst nach Vorliegen der konkreten Planfeststellung festgelegt werden. Ob ein Klageverfahren noch im Jahr 2012 ansteht, kann noch nicht abgeschätzt werden. Eine solche Klage kann über konkrete Punkte zum Endlager Morsleben hinaus nachstehende weitreichende Bedeutung haben.

Wichtige Strategien für die weitere Atommülllager-Diskussion

Im Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zu Konrad wurde darauf abgehoben, dass die Vorsorge für zukünftige Generationen allein Aufgabe des Staates ist und nicht natürlichen Personen zusteht. D. h. ein Bundesbürger hat nicht das Recht, sich für das Wohlergehen kommender Generationen einzusetzen. Die sich stellende juristische Frage ist: Gilt dies auch für einen Umweltverband? Ist der BUND klageberechtigt, um den Zustand der Umwelt in fernerer Zukunft zu sichern? Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Kohlekraftwerk Lünen gibt erste Hinweise, dass sich ein Umweltverband eher durchsetzen kann als eine natürliche Person.

Ein weiterer Punkt ist der Schutz von Lebewesen weit unter der Erdoberfläche. Es gibt eine Fülle von Lebewesen in großen Tiefen, die sogenannten lithoautotrophen Organismen. Diese gehören auch zur Umwelt, nicht zuletzt, weil ihnen wesentliche Rollen bei der Entstehung von Bodenschätzen wie z. B. von Erdöl zugesprochen werden. Diese lithoautotrophen Organismen werden im direkten Bereich eines Endlagers geschädigt. Deshalb ist es originäre Aufgabe eines Umweltverbandes wie des BUND, dieses zur Sprache zu bringen. Schließlich könnte daraus ein taktisches Instrument entwickelt werden, um die schonungslose Ausbeutung der Lithosphäre zu verhindern.

Sowohl die konkreten fachlichen Punkte zum sogenannten Langzeitsicherheitsnachweis mit deterministischem und probabilistischem Ansatz, der Hydrogeologie und des Betrachtungszeitraums über mehrere Millionen Jahre als auch die oben genannten juristischen Erfahrungen sind hilfreich für die Arbeit in Verbindung mit der bundesweiten Suche nach einem langfristigen Lager für radioaktive Abfälle. Es bietet die Möglichkeit, die politisch-ideologische Schiene durch eine fachlich geprägte Argumentation zu ergänzen. Dabei sollte auch die Position des BUND Niedersachsen mit den Aktivitäten zur ASSE (Tobias Darge), Konrad und Gorleben eingebunden werden.

Strategische Weiterentwicklung des Tätigkeitsfeldes des BUND

In diesem Rahmen kann sich der BUND grundsätzlich auch auf den Schutz der Lithosphäre als Teil der Umwelt verbreitern. Dies spielte schon bei der aktuellen Diskussion zum CCS eine Rolle und wird es in Zukunft beim Fördern von Bodenschätzen und bei der Nutzung der Geothermie vermehrt bekommen. Zu erinnern sei an das Bohr- und Ölförderkonzept in Nordostdeutschland bis hinein in die Ostsee, an die aggressiven Bohrtechniken wie Fracking und an die vorgesehenen Kupfererzförderung in Sachsen.

Zu überlegen ist, ob nicht ein Bundesarbeitskreis Geologie/Lithosphäre eingerichtet werden könnte. Dazu sollte recherchiert werden, ob Personen aus den landesgeologischen Ämtern an solcher Arbeit

interessiert wären. Es ist durchaus möglich, dass der dort versammelte Sachverstand Interesse hat, außerhalb der behördlichen Strukturen sich zu Wort zu melden.

In Richtung der BUND-Mitglieder könnte dieses Betätigungsfeld transportiert werden durch geologisch-botanische Exkursionsangebote (*Bodenkunde und Geologie für Pilzsammler – Ein Beispiel für ungewöhnliche geowissenschaftliche Öffentlichkeitsarbeit GMIT 45/2011*) unter Umständen in Kooperation mit geologischen Berufs- und Interessenverbänden (Berufsverband Deutscher Geowissenschaftler, Deutsche Gesellschaft für Geowissenschaften, Deutsche Mineralogische Gesellschaft, Deutsche Quartärvereinigung, Geologische Vereinigung, Paläontologische Gesellschaft).

Der BUND bei der bundesweiten Suche nach einem Atommülllager

Mit diesem dann geschaffenen Umfeld könnte der BUND bei der aktuellen bundesweiten Atommülllager-Suche eine neue Blickrichtung eröffnen und diese als Position ausbauen. Die organisatorischen Voraussetzungen sind dafür sehr gut, da eine bundesweite Suche alle Bundesländer betrifft und der BUND in allen Bundesländern Landesverbände hat. Erst durch eine breite Diskussion kann überhaupt ein Partizipationsprozess bei der Atommülllager-Suche in Gang kommen.

Um eine bundesweite Suche wirklich glaubhaft zu machen, darf sich kein Land von vornherein ausschließen. Alle Landesverbände sind also aufgerufen, Vorstellungen zu entwickeln, wie ein Endlager in ihrem Bundesland aussehen könnte, z. B. der Landesverband Berlin bezüglich des Tonvorkommens rund um und unter dem Wannsee, wo bereits eine ehemalige Mülldeponie liegt und ein Forschungsreaktor betrieben wird.

Auf jeweiliger Landesebene ist sich intensiv mit den geologischen Landesämtern auseinanderzusetzen, es sind die jeweiligen erstellten 3-D-Modelle des Untergrunds intensiv zu diskutieren. Solche Modelle wurden zumindest in Hessen und Schleswig-Holstein zur Abschätzung von Geopotenzialen zum Beispiel in Richtung auf Geothermienutzung in den letzten Jahren erstellt. Eine reine Fixierung auf die teilweise recht alten Studien zu Salzstöcken, Salzkissen, Kristallingestein und Ton, wie sie von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe als Behörde im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums für die Endlagersuche erarbeitet wurden, kann nicht akzeptiert werden.

Anzumerken ist, dass entgegen dem vermittelten Eindruck weder die Energieversorger noch die Politik an einer zügigen Atommülllager-Suche interessiert sind. Den Energieversorger würden mit der Realisierung eines Endlagers die 30 Milliarden steuerfreie Rücklagen entzogen werden, die sie zurzeit für ihre wirtschaftliche Tätigkeit nutzen können. Die Politik wird die Sache immer nur soweit vorwärts bringen, wie sie daraus wahltaktisch Profit ziehen kann, ohne sich die Finger zu verbrennen.

Der BUND hingegen hat entsprechend den Beschlüssen „Verlängerung des Klimaschwerpunkts“ Punkt 2 und „Positionierung des BUND zur Suche eines Atommüll-Lagers in Deutschland“ auf der BDV 2011 ein vehementes Interesse, die langfristige Lagerung der radioaktiven Abfälle in tiefen geologischen Schichten möglichst zügig durchzusetzen. Damit können die Gefahren der Zwischenlagerung an der Erdoberfläche erheblich reduziert werden. Weiterhin wird verhindert, dass entweder die Energieversorger sich durch Umorganisation und Insolvenzen aus der finanziellen

Verantwortung stehen oder nach einigen Jahren die Transmutation propagiert und damit ein neuer als Neutronenquellen getarnter Kernkraftwerkspark aufgebaut wird.